

Landschaftsschutz bremst Windenergie

Büren bringt neuen Flächennutzungsplan mit zwei Testläufen ins öffentliche Verfahren



Jüngste Windkraftanlage im Bürener Stadtgebiet: Bei Steinhausen ist ein weiterer Windriese in der Nähe der alten Konzentrationszone mit einer Höhenbeschränkung errichtet worden, weil sich die Anlage in der Einflugschneise des Flughafens befindet.

FOTO: MARC KÖPELMANN

VON KARL FINKE

■ Büren. Mit einer Aufwertung der Landschaftsschutzgebiete will der Kreis Paderborn – wie auch andere Kreise in NRW – den weiteren Ausbau der Windenergie bremsen. Im neuen Flächennutzungsplan der Stadt Büren würde sich das allerdings nur in einem sehr kleinen Bereich nordöstlich von Hegensdorf auswirken.

Der Rat der Stadt Büren hat den Entwurf für den neuen Teilflächenplan Windenergie am Dienstagabend im Theatersaal der Stadthalle einstimmig in die frühzeitige öffentliche Beteiligung geführt. Etwa 30 Bürger interessierten sich für die Erläuterungen des Planers Michael Ahn (Coesfeld) und die Diskussion der Stadtvertreter.

Schon vor Wochen war im Bauausschuss deutlich geworden, dass Büren aufgrund des Flughafens Paderborn/Lippstadt und des Segelflughafens

nur über relativ wenige Flächen für mögliche weitere Windenergieanlagen verfügt. CDU und FDP hatten anschließend eigene Vorschläge in die Beratungen eingebracht. Die Christdemokraten mochten 130 Hektar für weitere Windvorrangflächen anbieten, die Liberalen 173 Hektar. Zwischen beiden platzierten sich die 152 Hektar des Vorschlages der Verwaltung im Einklang mit dem Planungsbüro WoltersPartner.

Planer Ahn empfahl den Stadtvertretern, in diesen ersten öffentlichen Verfahrensschritt alle vorhandenen Ansammlungen von Windenergieanlagen mit hinein zu nehmen, „um Schaden von der Kommune abzuwenden“. Andernfalls wäre an zweifelsfrei kritischen Standorten wie Steinhausen und im Oberfeld bei Barkhausen nicht einmal ein Repowering möglich. Bezüg-

lich dieser so genannten Altzonen sprach Ahn von einem „Testlauf“, weil nicht alle Fragen wie zum Beispiel Entschädigungen zu diesem Zeitpunkt beantwortet werden könnten.

Als zweiten „Testlauf“ bezeichnete der Planer die Fläche der ehemaligen Munitionsanstalt im Ringelsteiner Wald. Sie hat den Status einer Konversionsfläche, wurde früher mili-

»Auf die eigentlichen Gegner konzentrieren«

tärisch genutzt. Die von Munition belasteten Flächen befinden sich aber hauptsächlich im unteren Bereich nahe der Ortslage Ringelstein. Ahn hat sich – wie auch an anderen Stellen der Stadt – vor Ort einen persönlichen Eindruck verschafft. „Machen wir damit nicht unnötig ein neues Fass auf?“ fragte CDU-Ratsherr Pascal Genee. Den Einwand konnte der Planer nachvollziehen, er

drehte den Spieß dieses Arguments allerdings psychologisch um: „Sie zeigen damit den Behörden, dass Sie sich als Stadt bemühen, auch das Letzte für die Ausweisung von Windenergie heraus zu quetschen.“ Zudem weise dieser Bereich des Ringelsteiner Waldes ausgebaute Wege auf. Ahn geht aber, wie auch der Ratsherr, davon aus, dass der erforderliche Artenschutz dem Bau von Windriesen auf der Rütthener Hochfläche sehr wahrscheinlich im Weg stehen wird.

Einzelne Ratsmitglieder fragten nach eventuellen Tauschmöglichkeiten von Flächen bei Hegensdorf, wo es starke Bürgerproteste gibt, gegen die genannten Waldflächen. Der Experte aus Coesfeld empfahl den Stadtvertretern dagegen, sich auf „die eigentlichen Gegner“ zu konzentrieren.

Das seien die beantragten Anlagen oberhalb des Afttals bei Hegensdorf, die vom Kreis lediglich für eine Entscheidung zurückgestellt worden seien. Mit dem Planentwurf befinden sie sich in einer Tabuzone.

Mit dem neuen Teilflächenplan Windenergie schaffe die Stadt Büren, so Michael Ahn, „keine neuen Belastungen“ für die Bürger. Wohl aber ein Potenzial gegen das die Antragsteller für neue Windenergieanlagen wohl gerichtlich klagen würden.

Allerdings sei Büren heute schon „eine Stadt der Winde“. Die Kommune habe ihre Pflicht bezüglich der Energiewende bereits erfüllt und genau dieser Sachlage entspreche die aktuelle Planung.

Im Namen der CDU beantragte deren Fraktionsvorsitzender Joachim Finke vor der Abstimmung eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung. Nach ihr fanden sich alle Fraktionen hinter dem Abstimmungsvorschlag zusammen.